

# Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg



**IG Metall** Verwaltungsstelle Hannover

# **Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg**

Veranstaltung zur 50. Wiederkehr  
des Jahrestages der Machtergreifung  
durch die Nationalsozialisten  
am Sonnabend, dem 29. Januar 1983  
im Beethovensaal der Stadthalle, Hannover

Motto:

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.



IG Metall – Verwaltungsstelle Hannover

Begrüßung:

Kollege Hans Berkentin, 2. Bevollmächtigter  
der IG Metall, Verwaltungsstelle Hannover

Hauptredner:

Kollege Claus Wagner, 1. Bevollmächtigter  
der IG Metall, Verwaltungsstelle Hannover

## **Kollege Hans Berkentin**

Werte Anwesende, liebe Kollegen,

morgen, am 30. Januar 1983, jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem der Terror über Deutschland und dann über die Welt für zwölf schreckliche Jahre hereinbrach. Am Ende dieser zwölf Jahre, wer kennt die exakte Zahl, waren mehr als 55 Millionen Tote in aller Welt zu beklagen. Erschossen, erschlagen, gehängt, vergast, verhungert, gefallen – weit mehr als 55 Millionen Menschen wurden eingesperrt, geschunden, erniedrigt, ihrer Gesundheit beraubt oder aus ihrer Heimat deportiert. Jede Aufzählung des Schreckens der Jahre von 1933 – 1945 kann nur Stückwerk bleiben. Die Wirklichkeit war viel furchtbarer. Und alles ging von Deutschland aus.

Am 30. Januar 1933 ergriffen die Nationalsozialisten, wie sie es sagten, die Macht. Die 50. Wiederkehr dieses wohl schrecklichsten Datums der Geschichte der Menschheit nimmt die Ortsverwaltung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland in Hannover zum Anlaß, eine Stunde des Gedenkens und der Besinnung zu veranstalten. Wir sind allen Ihnen dankbar, daß Sie gekommen sind.

Ich darf unsere Gäste aus den Parteien, aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sowie den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und unsere Funktionäre der IG Metall recht herzlich begrüßen.

Danken für die kulturelle Umrahmung unserer Feierstunde darf ich dem Chor des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unterstützt von einem anderen Chor »Faustkeil« und den Künstlern Renate Fressow und Erich Schaffner.

## **Kollege Claus Wagner**

Werte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind heute hier versammelt, um ein historisches Datum aus der jüngsten deutschen Geschichte einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Als junger Mensch habe ich mich nach 1945, wie so viele andere, gefragt was war das eigentlich, dieses 3. dieses 1000jährige Reich und ich habe Antworten auf unzählige Fragen gesucht und eigentlich sehr wenige Antworten gefunden. Und ich habe den Eindruck, daß es vielen Menschen heute noch ebenso geht wie mir damals, denn schlüssige Antworten fehlen, eine systematische Aufarbeitung der Geschehnisse ist nicht erfolgt. Und ich bin dahinter gekommen, daß diejenigen, die Geschichte schreiben, oder Geschichte schreiben lassen, daß die Herrschenden es immer sind, die die herrschende Lehre ausgeben. Und deswegen ist es notwendig, die objektive Wahrheit zu suchen, die Quellen zu studieren, alle Legenden beiseite zu schieben, kritisch und selbstkritisch alles zu prüfen, um eigene Erkenntnisse zu gewinnen.

Das ist sicherlich keine leichte Aufgabe, aber so nebulöse Formulierungen, wie »Hitler sind da einige Glücksumstände zu Hilfe gekommen bei der Durchsetzung seiner Politik«, die helfen uns wenig. Und nicht umsonst lautet das Motto für unsere heutige Veranstaltung: »Aus der Geschichte lernen – nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg«.

Aus der Geschichte lernen bedeutet in erster Linie Ursachen und Wirkungen erkennen. Aus der Geschichte lernen bedeutet, sich mit den historischen Wahrheiten zu befassen, sie nicht zu umgehen und vor allen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, begangene Fehler nicht noch einmal zu machen.

Ich will das nicht aus der abgehobenen Position der historisch gesicherten Erkenntnisse tun, weil man dann leicht in Gefahr kommen könnte, überheblich zu werden und leichtfertig zu urteilen.

Für uns ist es wichtig, das Wesen des Faschismus zu erkennen und seine gesellschaftliche Funktion zu erklären und zu erläutern. Die gesellschaftlichen Widersprüche führten zu einem ständigen Abbau demokratischer Rechte. Nur eine revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft wäre in der Lage gewesen, die Entwicklung aufzuhalten. So aber versuchten die Herrschenden, ihre Klassenherrschaft aufzubauen und zu erhalten. Da der Parlamentarismus nicht mehr ihren Interessen entsprach, war die Überleitung zum Faschismus nur eine logische und folgerichtige Entwicklung.

Drei wesentliche Prozesse sind meiner Ansicht nach zu beachten:

1. Massen von Kriegsteilnehmern waren unfähig in das Erwerbsleben zurückzukehren. Sie wandten sich in großem Maße von den demokratischen Parteien ab. Sie folgten militaristischen, nationalen und antidemokratischen Ideologien.
2. Unzählige Bauern und Kleinbürger wurden vom Krisenleben geschüttelt und ins Elend gestoßen.
3. Durch die Wirtschaftskrisen sahen die Kapitalisten ihre Profitraten bedroht. Die Steigerung der Profite war nur durch die Steigerung der Ausbeutung zu erreichen. Dagegen haben die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung gestanden. Aber den Herrschenden waren alle Mittel recht und so wurden die Faschisten unterstützt, zunächst mit Geld, später mit der Straffreiheit und am Ende wurde ihnen die Staatsgewalt übertragen.

Der Faschismus, so schreibt Wilhelm Högner, der spätere bayerische Ministerpräsident, ist die Gegenrevolution, um die Beseitigung der durch die Revolution von 1918 geschaffenen Staatsord-

---

nung zu erreichen. Dabei bietet der Faschismus eine Vielfalt von ideologischen Richtungen an, rassistische, scheinsozialistische, antikommunistische und antidemokratische Positionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicherlich ist Hitler ein Unheil in der deutschen und in der Weltgeschichte. Aber Hitler war kein Zufall. Er war auch nicht der besondere, auf uns zugeschnittene, Unglücksfall. Sicherlich haben Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle in der Entwicklung der Verhältnisse gespielt. Aber Hitler und der Faschismus in Deutschland waren das Ergebnis eines langen Kampfes der Reaktion gegen die Demokratie und gegen die Freiheit.

Diese Reaktion hatte unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg begonnen, sich neu zu formieren, sich neu zu organisieren. Schon 1918 hatte die oberste Heeresleitung Freiwilligenverbände, sogenannte Freikorps, zusammengefaßt, um eine Truppe zu haben, die in ihrem Sinne zuverlässig war. Als der Kaiser weggejagt wurde, blieben wichtige Verbände und Interessengruppen unangetastet weiter bestehen. Ihnen mißfiel, daß im Zuge der Revolution der 8-Stunden-Tag eingeführt wurde, daß die preußische Gesindeordnung aufgehoben wurde, das Koalitionsrecht vereinbart wurde und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden mußten. Und die Feinde der Republik waren in dieser Republik existent. Ich nenne an erster Stelle Hindenburg und die Reichswehrgeneräle. Der Kaiser ging, die Generäle blieben, damit wurde jener gesellschaftliche Zustand umschrieben, der sich nicht verändert hatte. Die alten Offiziere gaben den Ton an, sie waren Verfechter für Ordnung und Disziplin, wie sie sie kannten, sie waren gegen die Republik, sie waren gegen den Parlamentarismus. Geblieben war die alte Verwaltung, kaum verändert war in ihr monarchistisches Denken fest verankert. Eine besondere Rolle, ich möchte beinah sagen bis auf den heutigen Tag, eine besondere Rolle

spielte dabei die Justiz. Es war ihre Rechtsprechung, die es der Reichswehr erlaubte, mit Terror und Mord politische Gegner zu beseitigen.

Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren nur der Anfang. Es folgten Eisner, Rathenau und viele andere.

Zu den Feinden der Republik zählten ebenso die Großagrарier, die die Beseitigung ihrer Vorrechte befürchteten.

Antisemiten aller Schattierungen hatten sich ebenfalls zusammengefunden um ihre Ideologie weiter zu verfolgen.

Und es gab andererseits, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Betrieben keine neuen Bedingungen. Die Arbeiter lebten nach wie vor unter schwierigsten Verhältnissen. Die Demokratie, von der man geträumt hatte, für die man gekämpft hatte, sie wurde viel zu zaghaft angegangen. Die Herrschaft des Volkes, sie kam nicht zustande. Und deswegen wende ich mich gegen den Begriff der Machtübernahme.

Am 1. Mai 1975 habe ich das anlässlich der Maifeier auf dem Klagesmarkt mit anderen Worten gesagt, ich will das noch einmal wiederholen:

- Die Macht im Staate, sie liegt nicht auf der Straße, sie ist kein herrenloses Gut. Da kann nicht jemand vorbeikommen und sie einfach mitnehmen, sondern die Macht im Staate ist immer in einigen wenigen Händen vereinigt.

Und sie war in der Weimarer Republik insbesondere in den Händen des Reichspräsidenten. Er konnte Kanzler und Minister ernennen, ohne das Parlament zu fragen. Er konnte Notverordnungen erlassen, die nur vom Kanzler gegengezeichnet werden mußten. Das Parlament war praktisch ausgeschaltet. Und verlangte das Parlament einmal, wie am 18. Juli 1930 die Aufhebung einer Notverordnung, so war das Ergebnis nicht, daß die Notverordnung fiel,



sondern das Ergebnis war, daß das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben wurden. Und in dieser Situation, in der sich die Republik befand, in dieser Situation fand Hitler schon sehr früh Geldgeber – ein Tatbestand, der gern so etwas untergemogelt wird, an den sich viele nicht gern erinnern, mit dem aber Hitler seinen ganzen Propagandaapparat aufbauen konnte. 1920 erhielt Hitler durch die Vermittlung der Gräfin Reventlov Verbindung zum altdeutschen Verband. Größere Geldmittel werden zugesagt. 1921 – der Konservative Club in Berlin tritt als Geldgeber auf. 1922 – und das wird Metallarbeiter besonders interessieren – der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, Ernst von Borsig, als Geldgeber für Hitler.

1923 – der Vorsitzende des bayerischen Industriellenverbandes, Kommerzienrat Hermann Aust, den Älteren unter uns wird der Name Kathreiner Malzkaffee Fabriken noch etwas sagen, 1923 – Thyssen spendet für Ludendorff, jenen Generalfeldmarschall, der mit Hindenburg und dem Kaiser zusammen den Ersten Weltkrieg geführt hat, da spendet Thyssen 100 000 Goldmark für den guten Zweck, für den gleichen Ludendorff, der im November 1923 den ersten Hitlerputsch getätigt hat. Und diese schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt erfolgten Geldspenden veranlassen mich zu der Bemerkung, daß ohne diese materielle Unterstützung Hitler seine Ziele nicht hätte durchsetzen können.

Am Ende dieser Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Hitler Reichskanzler, und das obwohl die Nazis nie mehr als etwas mehr als ein Drittel der Wählerstimmen für sich hatten gewinnen können. Die von Hindenburg geförderte Präsidialdiktatur gab Hitler die Möglichkeit mit dem Notstandsartikel der Weimarer Verfassung die Verfassung außer Kraft zu setzen.

Die Deutschnationalen und andere, die zunächst als Steigbügelhalter der Nazis fungiert hatten, sie fühlten sich als Partner des

neuen Reichskanzlers. Sie glaubten Einfluß nehmen zu können auf seine Politik und schufen durch ihr Verhalten in Wirklichkeit nur jene Scheinlegalität, die Hitler so dringend benötigte. Und obwohl die Deutsche Arbeiterbewegung zumindest seit 1930 keinen Zweifel an der Nazipolitik hatte, obwohl völlig klar war, daß diese Politik das Ziel hatte Demokratie und Arbeiterbewegung zu vernichten, die persönlichen Freiheiten zu beseitigen, politische Parteien unmöglich zu machen, die Pressefreiheit aufzuheben, das Koalitions- und Streikrecht zu verbieten, ist eine gemeinsame Politik der Deutschen Arbeiterbewegung nicht zustande gekommen. Die so oft beschworene Einheitsfront der Antifaschisten hat es nicht gegeben sondern einen unseligen Bruderkampf, begleitet von vielen Fehleinschätzungen und leider auch eine zaudernde und fehlerhafte Politik der Gewerkschaften.

Deswegen spreche ich von Selbstkritik und davon, daß man begangene Fehler nicht noch einmal machen soll. Klar war auch, daß der deutsche Imperialismus nicht mit friedlichen Mitteln seine Ziele verfolgen konnte und wollte. Er wollte das Ergebnis des 1. Weltkrieges revidieren. Er wollte einer neuerlichen Aufteilung der Welt nicht tatenlos zusehen. Er wollte aktiv daran teilnehmen. Aber neben vielen Fehleinschätzungen gab es auch richtige Analysen.

Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

Wichtige Teile der deutschen Arbeiterschaft hatten erkannt, daß der deutsche Imperialismus einen neuen Krieg vorbereitete und darauf hinarbeitete.

Und da möchte ich einen zweiten Aspekt beleuchten, der gerade in jüngster Zeit so etwas heroisierend dargestellt wird – nämlich die Rolle des Militärs in der Zeit der Republik und in den Anfängen der Nazizeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es war nicht so, daß die Militärs von Hitlers Rüstungstempo überrascht worden sind. Es war auch nicht so, daß die Kriegspläne auf den Widerstand der Offiziere gestoßen wären. Im Gegenteil – die meisten von ihnen wollten den Krieg, der 1918 durch die Revolution beendet wurde, sie wollten diesen Kampf fortsetzen. Sie wollten den Mythos ihrer Unbesiegbarkeit haben. »Im Felde unbezigt« – erfanden sie jene Dolchstoßlegende, daß nicht sie schuld waren, sondern die Heimat sie verraten hätte.

Im Februar 1923, man achte auf das Datum, im Februar 1923 – General Otto Hasse, der Chef des Truppenamtes, also des Generalstabs, sagt gegenüber den Sowjets, daß in drei bis fünf Jahren ein großer Befreiungskrieg – von Deutschland ausgehend – erfolgen wird. Gegen die Verständigungspolitik von Stresemann liefen Seeckt und seine Generäle Sturm, ebenso wie gegen den Eintritt in den Völkerbund. Und nach 1933 erfolgte ein beschleunigter Ausbau der Rüstung. Am 1. Februar 1934 gab Hitler den Befehl an den Chef der Heeresleitung – ich zitiere »Schaffen Sie ein Heer in größtmöglicher Stärke und innerer Geschlossenheit und Einheitlichkeit, auf dem denkbar besten Ausbildungsstand«. Und Ende Februar 1934 noch präziser »Die Wehrmacht muß in fünf Jahren in der Lage sein, jeden Verteidigungskrieg und in acht Jahren jeden Angriffskrieg führen zu können«.

Da müssen wohl einige mehr etwas davon gewußt haben, wohin der berühmte Hase wohl laufen soll und nicht diejenigen, die heute so tun, als wenn das alles nicht wahr gewesen wäre, haben Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Kapitel der Nazidiktatur hat viele Seiten. Manches kann man im Rahmen einer solchen Stunde nicht aufzählen. Ich persönlich bedauere das, weil insbesondere die Aspekte des Widerstandes und die Bereiche der heutigen wirtschaftlichen Situation einen

so großen Umfang einnehmen, daß man damit den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen würde. Aber einige wenige Worte möchten ich doch verlieren.

Es ist nicht so, wie uns manche Geschichtsschreiber glauben machen wollen, daß der Widerstand gegen Hitler erst am 20. Juli 1944 begonnen hat. Es ist für uns eine immerwährende und wichtige Aufgabe, den wirklichen politischen Widerstand gegen Hitler zu würdigen, der lange Jahre geführt und von den Beteiligten in ständiger Gefahr aber unbeirrt geführt wurde. Und ich habe hohen Respekt vor denen, die rechtzeitig auf die Gefahren des Nazismus aufmerksam machten. Und wir schulden Respekt und Dank denen, die nicht die eigene Sicherheit in den Vordergrund stellten sondern die als vorrangiges Ziel ansahen, den Kampf gegen die braune Diktatur zu führen. Widerstand ist aus allen Schichten der Bevölkerung geführt worden. Unzählige waren es, die verfolgt, gejagt, eingekerkert, gequält, in Konzentrationslagern erschlagen, auf der Flucht erschossen oder zum Schluß in Strafbataillonen und Strafkompagnien verblutet sind. Vergessen wir nicht jene Anzahl der politischen Prozesse, in denen das Urteil von vornherein feststand. Denken wir an jene bescheidenen Formen des politischen Widerstandes und an die unverhältnismäßig große Bedrohung, wo schon das Weitererzählen eines politischen Witzes ein Todesurteil bedeuten konnte.

Ich mache einen Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache einen Unterschied zwischen diesen vielfach Ungenannten, teilweise sogar Unbekannten und jenen, die sich von Hitler mit Orden und Ehrenzeichen behängen ließen und ihren Widerstandswillen erst dann entdeckt haben, als der Krieg militärisch verloren und nicht mehr zu gewinnen war.

Im Mai 1945 beendeten die Alliierten den 1000jährigen Spuk. Und da ist wohl die Frage erlaubt, was wir denn wohl gelernt haben. Was haben wir getan und was haben wir unterlassen?

Und ich sage, wir haben unsere Vergangenheit nicht bewältigt. Sie lastet auf uns, wie eine Bürde. Das beginnt damit, daß der 8. Mai 1945 bei uns ja nicht als Tag der Befreiung vom Faschismus begangen wird, sondern als Tag der absoluten Niederlage, als Tag der Kapitulation. Aber wenigstens war in allen Bevölkerungsschichten der Schwur laut – Nie wieder soll uns etwas derartiges passieren! Und es ist für alle nützlich und heilsam nachzulesen, was die politischen Parteien nach 1945 erklärt haben. Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des Deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Die Vergesellschaftung wird gefordert. Staatsbetriebe werden als notwendig erachtet. Aber nicht von Sozialdemokraten oder Kommunisten, sondern im Ahlener Programm der CDU steht das geschrieben und manch einer dürfte seine Nase da noch einmal hineinstecken und nachlesen, was man gesagt hat.

Das alles ist vergessen, das alles sieht heute offensichtlich wieder ganz anders aus. Und ich möchte in dieser Stunde beide Gruppen ansprechen, die Älteren und die Jungen. Und da muß man fragen, wie sie denn diese Zeit verarbeitet haben. Und oft hört man von den Älteren – Das haben wir alles nicht gewußt! Ich will gern zugestehen, daß für viele unserer Mitbürger das Ausmaß des faschistischen Terrors nicht voll durchschaubar und erkennbar gewesen ist. Viele konnten sich nicht vorstellen, daß es möglich ist, Millionen und Abermillionen Menschen zu vergasen, zu vernichten. Dennoch muß ich sagen – die Nazis haben doch nie einen Hehl aus ihren politischen Absichten und Zielen gemacht. Sie haben doch laut und deutlich darüber gesprochen und getönt. Und ich als kleiner Junge kann mich erinnern, daß der Hauswart herumlief und sagte: Der Führer spricht! Der Führer spricht! – Und alles an den Volksempfängern saß und zuhörte oder zuhören mußte was dort gesagt wurde – und die haben alle nichts gemerkt von dem was los gewesen ist? Die haben nicht gemerkt, daß Menschen in ihrer Nachbarschaft verschwunden sind? Die haben nicht die Ein-

schüchterung von Zeugen erfahren? Die haben nicht die Hetze gegen die Juden gesehen? – die ja nicht erst mit der berüchtigten Reichskristallnacht begann. Die haben nicht die Stürmer-Schaukästen an allen Straßenecken gesehen? – jenes Antisemitischen Hetzblattes? Die Reichskristallnacht habe ich erwähnt.

Sie haben nicht beobachtet, wie Menschen mit aufgenähten Judensternen herumliefen? Sie haben nichts gewußt von Konzentrationslagern? Da drängt sich die Frage auf – Ist das Vergeblichkeit oder ist das Verdrängung, die da betrieben wird?

Hat man vergessen, jene allgemeine Kriminalisierung der politischen Gegner? Oder ist das nur eine billige Entschuldigung?

Viele Fragen – wenig Antworten, Kolleginnen und Kollegen. Doch heute, 50 Jahre danach, 50 Jahre nach jenem Datum frage ich – Was wissen wir denn heute? – Wie wird denn heute Hitler und die Entwicklung beurteilt? Und da höre ich allenthalben: und alle Leute schreiben: Bonn ist nicht Weimar.

Ich halte das im Grundsatz für richtig. Bonn ist nicht Weimar! Und die Geschichte wiederholt sich nicht in der Form, daß man nur das Blatt umzuschlagen braucht und dann weiß man was kommt. Bonn ist schon deswegen nicht Weimar, weil wir doch beachtliche demokratische Erfolge zu verzeichnen haben. Und weil wir eine parlamentarische Demokratie besitzen und funktionsfähige politische Parteien und nicht zuletzt, weil wir einen wichtigen Garanten für die Demokratie besitzen, nämlich die mächtigen Einheitsgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Deswegen sage ich sehr wohl: Bonn ist nicht Weimar. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe auch gleichzeitig große Gefahren in dieser Republik. Ich bin der Letzte, der jene rechtsradikalen Gruppen und Grüppchen unterschätzen möchte. Sie sind gefährlich wegen ihrer Vielzahl und wegen des sie verbindenden Hasses gegen die Demokratie aber sie sind nicht die wirkliche Nazigefahr. Die wirkli-

chen Gefahren für diese Republik, sie liegen im antidemokratischen, im antiparlamentarischen und im autoritären Verhalten, sie liegen in einer Fortschritts- und Geistesfeindlichkeit begründet. Dort sind die wirklichen Gefahren zu suchen. Und was mich bewegt ist die oftmals stillschweigende Tolerierung von falschen Behauptungen und die Verharmlosungen. Entgegentreten gegenüber falschen Parolen und Verharmlosungen muß man nicht nur punktuell sondern diesen Dingen muß man generell und immer und überall entgegentreten. Das gilt auch für alle Fragen, in denen andere, nur weil sie einer anderen Nationalität oder Religion angehören, bei uns diffamiert werden und ich sehe keinen Unterschied zwischen Judenwitzen und Türkenwitzen und ich kann beim besten Willen nicht darüber lachen. Das ist wohl unmöglich.

Und ich will das konkretisieren. Wenn ich sage, wir müssen da jeder Gedankenlosigkeit begegnen – wie oft hören wir denn »Das hat es bei Hitler nicht gegeben«. Und wer steht dann schon auf und erklärt was es alles bei Hitler gegeben hat, was alles bei Hitler möglich gewesen ist, wer geht dagegen und läßt nicht zu, daß derartige falsche und diffamierende Behauptungen ungestört im Raume stehen bleiben. Viele wissen nicht, was sie sagen. Ausgang des letzten Jahres erlebte ich eine Demonstration hier in Hannover und die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor – und ein junger Mann, so etwas über zwanzig, schrie immer »Gestapo, Gestapo« – und auch da sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, da besteht nicht die Kenntnis, was das Wort Gestapo eigentlich bedeutet und wir haben es wahrscheinlich auch nicht erklärt und erläutert. Sonst würde dieser Junge bestimmt nicht so rufen. Aber das Schlimmste, das was ich wirklich für das Allerunmöglichste halte, ist jedes vorsichtig tastende und augenzwinkernde Fragen, das da lautet: Na ja, war ja wohl nicht alles schlecht, was die Nazis gemacht haben. Die Autobahn gebaut, die Arbeitslosigkeit beseitigt, Ruhe und Ordnung geschaffen, ach ja die Juden

– ach das mit den Juden hätte so nicht sein brauchen, dann wärs vielleicht noch ganz in Ordnung gewesen. Und überhaupt, na ja, sie wissen schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dort liegen die wirklichen Gefahren für die Demokratie und für diese Republik. Und sie werden durch einige Vorgänge noch erhärtet. Da gibt es viele reaktionäre und rechtsradikale Vorgänge in unserem Land. Ich könnte unzählige Beispiele nennen – beschränke mich auf ganz wenige. Im Februar 1978 wird in der IGS Roderbruch vom Niedersächsischen Kultusminister eine Projektwoche mit dem Thema »Demokratie in Gefahr?« als Modellversuch wegen didaktischer Bedenken nicht gestattet. Methodisch, didaktische Bedenken führen dazu, daß man sich mit solchen Fragen nicht beschäftigen kann.

In Dortmund wird eine Hauptschullehrerin einem Anhörungsverfahren unterzogen, weil sie im Unterricht dem Thema Faschismus zuviel Raum gewidmet hat. In Hannoversch Münden – in der Zwischenzeit ist der Leiter dieses Gymnasiums suspendiert – eine von den Gemeinschaftskundelehrern geplante Ausstellung »Antifaschistischer Widerstand in Niedersachsen gegen die Nationalsozialisten« wird verhindert.

Und ich will noch etwas sagen. Es gibt den »Stahlhelm«. Eine von den vielen rechtsradikalen Organisationen. Heute nennt er sich »Kampfbund für Europa«. Ich darf aus einem Aufruf des »Stahlhelms« von 1950 zitieren: Der Stahlhelm ist das Gewissen der wiedererstarkten deutschen Nation, des Reiches, das umleuchtet ist von Ruhm und Glanz der Jahrtausende der Geschichte. Nicht auf einen ewigen Frieden bewegen wir uns zu, sondern auf Auseinandersetzungen unvorstellbaren Ausmaßes. Dafür gilt es geistig und körperlich gerüstet zu sein. Der Stahlhelm war und ist die große geistige Rüstkammer der Nation. Er ist nicht nur Herz und



---

Hirn und Schwert des Reiches, sondern auch sein machtvoller Rufer. Frontkamerad, gehärtet in Stahlgewittern des Krieges, wir mahnen Dein Gewissen, Du wirst gebraucht. Willst Du Dich dem Ruf entziehen? Schreibe uns noch heute oder komme persönlich zu uns. Der Stahlhelm marschiert, von Ort zu Ort dröhnt die neue Parole, von Gau zu Gau als Fanfarenstoß des Reiches »STAHLHELM VORAN!«.

Ich haben das hier vorgelesen, nicht um jenen so eigenartigen Ton noch einmal deutlich zu machen, sondern um deutlich zu machen, daß der »Stahlhelm« im Verfassungsschutzbericht in Bayern 1977 als Organisation überhaupt nicht mehr erwähnt wird. Das sind Tatbestände, bei denen man aufpassen muß, was sich hier abspielt.

Und wer an Rudels Begräbnis denkt, jenen unbelehrbaren Nazi und Rechtsradikalen, und sieht, daß da einige mit dem Hitlergruß am Grabe stehen, dann frage ich mich – wo gibts denn dort eine entsprechende Verfolgung? Wer kümmert sich denn eigentlich darum? – und wenn dann gesagt wird da fliegen Flugzeuge über das Grab, dann sagt der verantwortliche Minister, das sei nicht so und damit ist der Fall abgehakt und zu den Akten gelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
richtig ist, daß viele Menschen neue Einsichten gewonnen haben, daß sie neue Erkenntnisse besitzen, aber geblieben ist, daß die Republik immer noch sehr zart mit ihren rechtsradikalen Gegnern umgeht. Was soll man denn davon halten?

Was soll man denn davon halten, wenn sich am Jahrestag der Reichsgründung, ebenfalls in diesem Monat Januar, Rechtsgerichtete versammeln? Die nicht nur den alten Nazigruß probieren, sondern die aus voller Brust singen »Deutschland, Deutschland über alles – und von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt« jeder darf mal die Landkarte nehmen und drauf gucken, wo die dort genannten Flüsse verlaufen, dann wird ihm

klar werden, daß wir mit allen europäischen Nachbarn und darüber hinaus in Grenzstreitigkeiten kommen, weil wir Annektionspläne mit dem Absingen dieses Liedes in Wirklichkeit verbreiten. Und ich gehe immer noch davon aus, daß es bei uns heißt, daß Maßnahmen, die geeignet sind das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, daß diese Maßnahmen unter Strafe zu stellen sind und hier schläft die Justiz, sie ist blind auf dem rechten Auge.

Sie ist blind auf dem rechten Auge, wie sie es war und wie sie es heute leider noch ist.

Ich komme zum zweiten Teil der Frage. Was können denn die Jungen wissen? Die, die sagen können – für mich ist das alles Geschichte. Ich bin da 1950, 1955, 1960 oder noch später geboren worden – na mit mir kannst du doch wohl nicht über die Nazis reden. Aber wir müssen mit ihnen sprechen. Und wir müssen schon fragen, was haben sie denn aus dem Elternhaus erfahren? Welche Kenntnisse werden ihnen denn vermittelt? Und ich bin da immer sehr vorsichtig, wenn Demoskopen so Antworten geben auf solche Fragen, weil ich nie weiß, wie die Fragen gestellt werden, mit welcher Zielrichtung dort gefragt wird. Aber in vielen Haushalten sieht es eben so aus. Hitler hat Recht und Ordnung geschaffen. Er hat das Beste gewollt. Er war ja eine imponierende Persönlichkeit und er war genial veranlagt.

Andererseits sind aber nur runde 67 Prozent ganz davon überzeugt, daß da Juden vergast wurden. Und 21 Prozent der über 30jährigen sagten 1978 – Hitler wäre mit den heute herrschenden Problemen besser und leichter fertig geworden. Dann frage ich mich: Was sollen denn so junge Menschen an Kenntnissen und Erfahrungen eigentlich haben, wie sollen die denn die Zeit beurteilen, wenn niemand mit ihnen darüber spricht und sie aufklärt. Die Schule, die Schule – es tut mir leid das sagen zu müssen, ist ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

Das Thema Hitler wird da nur am Rande behandelt. Über Karl den Großen und seine Zeit werden achtzig Unterrichtsstunden verwendet, über Hitler und die Nazis ganze sieben Stunden, dann kann ich jungen Menschen, die heute Sieg-Heil rufen wirklich keine Vorwürfe machen, wenn sie nicht wissen können, was dieser Ruf in Wirklichkeit in der deutschen Geschichte bedeutet hat. Woher sollen sie es auch wirklich wissen.?

Und die hier von mir angegebene Quelle wird ja wohl unverdächtig sein, sie stammt vom 18. März 1978 aus dem Zweiten Deutschen Fernsehen. Ich glaube, daß das unverdächtig genug ist.

Die Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen, entblöden sich nicht Hitler und seine Zeit zu vermarkten. In Filmen, in Theatern, in Musicals und ich weiß nicht wie sonst noch — auf Platten — ja das ist nicht geeignet, um Erkenntnisse und Erfahrungen zu gewinnen. Und die Frage bleibt bestehen. Was muß den eigentlich geschehen? Es mangelt ganz offensichtlich an gefestigtem demokratischen Bewußtsein. Das ist die wirkliche Gefahr, in der wir uns befinden. Deswegen reicht es nicht aus in Aktionismus zu verfallen. Gegendemonstrationen gegen nazistische Aufmärsche und Kundgebungen sind notwendig und erforderlich, aber sie lösen nicht das Problem. Für die Jugend müssen Lernziele entwickelt werden. Für mich gehört dazu was Willi Brandt einmal gesagt hat: »Wer die Vergangenheit nicht kennt, findet sich in der Gegenwart nicht zurecht.« Die Vergangenheit aufarbeiten, daß heißt Ursachen erkennen und wenn notwendig Ursachen beseitigen. Den Gefahren, die der Demokratie begegnen mit einer offensiven Strategie entgegenwirken aber keinesweg mit dem Abbau demokratischer Rechte. Anknüpfen bei den Erfahrungen der Menschen, ihnen Orientierung geben und ihnen zeigen, daß Solidarität soziale Sicherheit bringt. Ihnen die Kämpfe und Erfolge der Arbeiterbewegung nahe bringen und ihnen deutlich machen, daß wir soziale und gesellschaftspolitische Erfolge für die arbeitenden Menschen er-

reicht haben. Es ist notwendig, daß wir diese Errungenschaften nicht kampflos aufgeben, sondern wenn notwendig, mit allen Mitteln verteidigen.

Und wir müssen den jungen Menschen sagen, daß ein Leben in der Arbeiterbewegung und ein Leben für die Arbeiterbewegung ein sinnvolles Leben ist.

Dabei müssen wir Geschichte durchsichtig machen, wir können sie nicht von oben herab verordnen, wir müssen sie an täglichen Beispielen erläutern und meine Aufforderung und Bitte geht an die Alten, daß sie aus ihrer täglichen Praxis berichten und ihre Narben zeigen, die sie erlitten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
das wesentliche Ergebnis von zwölf Jahren Nazidiktatur ist die Teilung Deutschlands. Deswegen sollten wir auch in dieser Stunde eindeutig und klar eine Absage an alle Großmachtpläne erteilen, an alle Vorstellungen, die darauf ausgerichtet sind, gewaltsame Veränderungen herbeizuführen.

Die Industriegewerkschaft Metall geht von dem Grundsatz aus, daß es zur Spannungs- und zur Friedenspolitik und zur friedlichen Koexistenz keine sinnvolle Alternative gibt.

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens hat für uns absoluten Vorrang. An der Nahtstelle zwischen Ost und West hat die Politik der Bundesrepublik Deutschland besonderes Gewicht. Wir wollen eine Politik der Kooperation und keine Politik der Konfrontation. Wir wollen keine Rückkehr zum kalten Krieg. Wir wollen keine neuen Raketenpläne und wir lehnen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik ab.

So hat es der Gewerkschaftstag unserer Organisation beschlossen. Wir gehen davon aus, daß Verhandlungen und seien sie noch so langwierig und so schwierig, und brächten sie auch nur kleine

Erfolge, daß Verhandlungen immer noch besser sind als eine einzige Minute aufeinander zu schießen.

Wir fordern die Politiker auf in Ost und West Kriegsgefahr energisch zu bekämpfen. Wir erwarten, daß alle Vorschläge sorgfältig geprüft und nicht vorschnell als Propagandamanöver abgetan werden. Ich meine, wir sollten uns mit besonderem Nachdruck gegen die Verharmloser wenden. Ich persönlich bin entsetzt und mir läuft es jedesmal eiskalt den Buckel runter, wenn ich in den Medien höre, mit wieviel Selbstverständlichkeit von dem »Ernstfall« gesprochen wird.

Da sagt man es schon nicht mehr in den berühmten Gänsefüßchen, sondern da wird ganz offen von dem Ernstfall gesprochen und jeder von uns ist gehalten darüber nachzudenken, was dieses Wort denn eigentlich bedeuten soll.

Und ich wende mich ganz besonders gegen jene Sandkastenstrategen und Kreuzritter, die einen Atomkrieg für machbar halten und die den Irrglauben verbreiten, daß man einen solchen Atomkrieg auch siegreich überstehen und überleben kann. Ich setze dagegen, Kolleginnen und Kollegen, es ist kein zukünftiger Krieg mehr zu gewinnen. Es gibt nur die Möglichkeit die Menschheit zu vernichten und einen Zustand zu erreichen, in dem die noch Überlebenden die Toten um ihr Schicksal beneiden werden und deswegen sage ich – wir müssen die Wahnsinnigen stoppen.

Ich halte nichts von mathematischen Rechnungen, wie hoch das einzelne Overkill der jeweiligen Raketen sei, ob die 51 mal oder 80 mal töten können oder ob das nur 79 mal sind und die anderen vielleicht 98 mal, ich halte solche mathematischen Spielereien für unnötig und für falsch. Einmal tot – mehr braucht man ja wohl nicht.

Entweder lösen wir das Problem, oder die Menschheit wird ausgelöscht werden. Wir aber wollen eine Politik der sozialen Sicherheit und des Friedens nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt.

Und ich lese bei Friedrich Nietzsche, 22. Oktober 1873: »Wir wollen gehört werden, denn wir reden als Warner und immer ist die Stimme des Warners, wer es auch sei und wo sie auch immer erklinge, in ihrem Rechte. Dafür habt ihr, die ihr angeredet werdet, das Recht euch zu entscheiden, ob ihr eure Warner als ehrliche und einsichtige Männer nehmen wollt, die nur laut werden, weil ihr in Gefahr seid und die erschrecken, euch so stumm, gleichgültig und ahnungslos zu finden.«

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir aber wollen weder stumm, noch gleichgültig, noch ahnungslos sein. Wir wollen unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Wir wollen, daß der Grundsatz, so wie er in unserer Verfassung steht, daß die Bundesrepublik ein freiheitlich, demokratischer, sozialer Rechtsstaat ist, daß das nicht nur im Grundgesetz steht, sondern daß dieser Satz mit Leben erfüllt wird. Dafür wollen wir kämpfen und deswegen sagen wir

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

